

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin), Gerd Poppe und der Gruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1991

hier: Einzelplan 05

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

— Drucksachen 12/100 Anlage, 12/505, 12/530 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 05 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird der Titel
686 12 – Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außer-
halb der Entwicklungshilfe – um 275 980 000 DM erhöht.

2. In Kapitel 05 02 werden folgende Titel gestrichen:

Titel 686 22 – NATO-Verteidigungshilfe –	164 000 000 DM
Titel 686 23 – Ausstattungshilfe –	36 380 000 DM
Titel 686 27 – Rüstungssonderhilfe –	75 600 000 DM

Bonn, den 29. Mai 1991

Gerd Poppe
Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

Begründung

Die Umwälzungen in Osteuropa haben nicht nur die Situation in der Bundesrepublik Deutschland, sondern die gesamte Situation des bisher in Blöcke geteilten Nachkriegseuropas grundlegend geändert. Das NATO-Mitglied Bundesrepublik Deutschland zieht daraus nur unzureichende Schlüsse. Die NATO als ein militärisches Bündnis gegen den Osten ist zum Anachronismus geworden. Ihre derzeitige Suche nach einer neuen Existenzberechtigung hat im Golfkrieg bereits gefährliche Früchte getragen. Gerade dieser Krieg hat aktuell nochmals verdeutlicht, was schon lange bekannt sein mußte, nämlich die logische Folge von (Auf)Rüstung – Krieg – Vertreibung – Flucht.

Für humanitäre Hilfe (d. h. Humanitäre Soforthilfe und Katastrophenhilfe, Flüchtlingshilfe im Ausland, Beförderungskosten für mittellose Flüchtlinge des ehemaligen Indochina, die Aufenthaltserlaubnis in Drittländern erhalten haben, sowie Beförderungskosten für mittellose ausländische Flüchtlinge, die in das Bundesgebiet gebracht werden, und die Förderung des vorbeugenden Katastrophenschutzes im Ausland) sind im Haushalt des Auswärtigen Amtes unter Titel 686 12 insgesamt 72 000 000 DM vorgesehen. Allein die unter Punkt 1 dieses Antrages genannten Ausgaben betragen 277 100 000 DM. Die Bundesregierung sollte statt in den Krieg, in den schon mehr als genug investiert worden ist, zur Linderung des Flüchtlingselends beitragen oder z. B. Maßnahmen zur Katastrophenhilfe in Bangladesch unterstützen.